

II-13144 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6373 13

1994 -04- 06

ANFRAGE

des Abgeordneten Srb, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Verbesserung der rechtlichen Situation von PflegegeldbezieherInnen

Einer APA-Aussendung vom 27.3.1994 kann entnommen werden, daß es nach Aussage von Minister Hesoun bereits ab dem 1. Juli 1995 die Möglichkeit geben soll, gegen eine zu niedrige Einstufung im Rahmen des Bundespflegegeldgesetzes Einspruch zu erheben. Weiters wird der Sozialminister darin mit seiner Aussage zitiert, er hätte mit Ihnen bereits diesbezügliche Gespräche geführt. Demgegenüber wird Ihr Sprecher im Standard vom 29.3.1994 mit der Aussage zitiert: "An uns ist offiziell noch niemand herangetreten" und weiters, daß er "derzeit ... keinen gangbaren Weg" sehe.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wann und in welcher Form hat Minister Hesoun mit Ihnen Gespräche über die Schaffung einer Klagemöglichkeit für die BezieherInnen eines Pflegegeldes der Stufen 3 - 7 geführt?
2. Wie beurteilen Sie die Vorschläge des Sozialministers?
3. Sind Sie bereit sich dafür einzusetzen, daß dieser nach Meinung vieler JuristInnen verfassungswidrigen Situation ein rasches Ende bereitet wird?
Wenn ja: Wie lauten Ihre Pläne?
Wenn nein: Was sind die Gründe dafür?
4. Ab wann wird es BezieherInnen von Pflegegeld der Stufen 3 - 7 endlich möglich sein, den Rechtsweg zu beschreiten?